

Die BTS-Befürworter jubeln

Geht es nach dem Nationalrat, soll die Thurtal-Achse bald eine Nationalstrasse werden. Er will den Beschluss zur Erweiterung des Nationalstrassennetzes in Kraft setzen – gegen den Willen des Bundesrats.

CHRISTOF WIDMER

FRAUENFELD. Überraschend deutlich hat der Nationalrat am Mittwochabend beschlossen, dass der Bund landesweit 400 Kilometer Kantonsstrassen ins Nationalstrassennetz übernehmen soll. Mit 101 zu 77 Stimmen leistet die grosse Kammer einer parlamentarischen Initiative von Felix Müri (SVP, LU) Folge. Müri fordert, dass der Bundesrat den vom Parlament bereits abgegebene Netzbeschluss in Kraft setzt. Der Bundesrat hatte diesen Schritt an die Vignettenpreiserhöhung geknüpft – die das Volk aber abgelehnt hat. Seither will der Bundesrat nichts mehr vom Netzbeschluss wissen, weil die Finanzierung nicht geregelt ist. Auch die Aufnahme der Thurtal-Achse ins Nationalstrassennetz und ihr Ausbau zur Bodensee-Thurtalstrasse (BTS) sind seither in der Schwebe.

«Ich bin hochofreut», sagt die Thurgauer Baudirektorin Carmen Haag nach dem Nationalratsentscheid. Sie rechnet damit, dass der Ständerat dem Nationalrat folgen wird. Haag hält es für realistisch, dass der Bund 2020 mit dem Bau der BTS beginnt. Sie ist überzeugt, dass der Bund dafür genug Geld hat. Es habe dafür noch 2 Milliarden Franken in den Bundeskassen.

Eberle und Caroni doppeln nach

Was die Finanzierung des Netzbeschlusses betrifft, sind im National- und im Ständerat gleichlautende Vorstösse hängig. Der Thurgauer SVP-Ständerat Roland Eberle und FDP-Nationalrat Andrea Caroni (AR) fordern darin, dass die Netzerweiterung mit dem geplanten Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds in Kraft gesetzt wird – auch davon will Verkehrsministerin Doris Leuthard bisher nichts wissen.



Bild: Reto Martin

Die Thurtalstrasse, hier zwischen Bürglen und Sulgen, soll eine Nationalstrasse werden.

Hinter den Kulissen weibl die Befürworter des Netzbeschlusses in Bern kräftig. Die vorberatende Kommission des Ständerats wird das Thema voraussichtlich schon im Januar behandeln. Eberle versucht bis da-

hin, möglichst viele Ständeräte auf seine Seite zu bringen. Da 23 der 46 Ständeräte seine Motion mitunterzeichnet haben, ist er zuversichtlich. «Der Nationalrat hat ein positives Zeichen gesetzt», sagt Eberle.

Er ist auch bereit, dem Bundesrat in der Finanzierung des Netzbeschlusses entgegenzukommen. Er schlägt eine moderatere Erhöhung des Vignettenpreises um 20 bis 30 Franken vor. Ein geringerer Aufschlag lasse sich

politisch besser vertreten als die ursprünglich geplante Erhöhung auf 90 Franken.

«Rein akademische Übung»

Die BTS-Gegner glauben weiterhin nicht daran, dass die Strasse je gebaut wird. Sie hatten vorletzte Woche vom Kanton einen Planungsstopp für die BTS gefordert. Der Bund wolle sie nicht bauen, sagten sie mit Verweis auf einen Brief von Bundesrätin Leuthard. GLP-Kantonsrat Klemenz Somm (Kreuzlingen) glaubt auch nach dem Nationalratsentscheid nicht, dass der Netzbeschluss finanzierbar ist. «Ein Netzbeschluss ist in diesem Zusammenhang eine rein akademische Übung.»

Abstimmung Böhni und Graf-Litscher scheren aus

Der Thurgau habe beim Nationalrat und vor allem bei den Thurgauer Mitgliedern lobbyiert, um den Entscheid zum Netzbeschluss in die gewünschte Richtung zu lenken, sagt Baudirektorin Carmen Haag. Die vorberatende Kom-

mission des Nationalrats hatte die parlamentarische Initiative von Felix Müri noch knapp abgelehnt. Dies, weil die Kantone dem Bund bei der Finanzierung zu wenig entgegenkämen. Das Ratsplenum hat sich am Mittwochabend aber für die Initiative entschieden.

Anwesend waren alle Thurgauer: Markus Hausammann (SVP), Verena Herzog (SVP), Christian Lohr (CVP) und Hansjörg Walter (SVP) stimmten für die Initiative. Thomas Böhni (GLP) und Edith Graf-Litscher (SP) waren dagegen. (wid)

Kanton bekommt Meldestelle für Whistleblower

FRAUENFELD. Der Regierungsrat richtet in der kantonalen Verwaltung eine Meldestelle für Whistleblower ein. Der Kanton nehme eine entsprechende Regelung in die Personalrechtsgrundlagen auf, teilte die Staatskanzlei gestern mit. Gemäss der geänderten Rechtsstellungsverordnung des Staatspersonals sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter berechtigt, Unregelmässigkeiten entweder einer vorgesetzten Stelle oder der vom Regierungsrat bezeichneten Meldestelle zu melden. Die Regelung sieht auch einen umfassenden Kündigungsschutz für Personen vor, die eine Meldung im guten Glauben erstatten.

In erster Linie sollen Meldungen weiterhin auf dem Dienstweg über die vorgesetzte Stelle erfolgen. Zusätzlich hat der Regierungsrat als offizielle Meldestelle die Leitung der Finanzkontrolle bestimmt. Die Meldung wird vertraulich behandelt. Das soll durch geeignete technische und organisatorische Schutzmassnahmen während des gesamten Verfahrens gewährleistet sein. Die Verordnungsänderung tritt auf den 1. Januar 2015 in Kraft. (wid)

Millionen für Arbon und Wil

FRAUENFELD. Der Regierungsrat hat zwei Leistungsvereinbarungen mit dem Bund zu zwei Agglomerationsprogrammen mit Thurgauer Beteiligung genehmigt. Das Programm der Agglomeration St. Gallen/Arbon-Rorschach umfasst Massnahmen im Betrag von 78,8 Millionen Franken. Davon finanziert der Bund 40 Prozent. An die Massnahmen der Agglomeration Wil zahlt der Bund ebenfalls 40 Prozent an die Gesamtsumme von 24 Millionen Franken, wie die Regierung mitteilt. (red.)

Die SVP tritt ein letztes Mal mit Hansjörg Walter an

Keine Überraschung bei der Thurgauer SVP: Alle Bisherigen treten für die National- und Ständeratswahl vom nächsten Jahr wieder an. Für Hansjörg Walter ist es sicher die letzte Legislatur, wie er sagt. Wenn es seine Gesundheit erlaubt, will er aber die ganze Amtsperiode bleiben.

CASPAR HESSE

FRAUENFELD. Der Kantonalvorstand der SVP Thurgau hat gestern bekanntgegeben, mit welchen sechs Nationalratskandidaten und welchem Ständeratskandidaten die Partei nächstes Jahr antreten wird. Dies als Empfehlung zuhanden der Delegiertenversammlung vom 15. Januar, an der die Kandidaten offiziell nominiert werden. Theoretisch wären dort weitere Nominierungen oder Kampfnominierungen möglich, wahrscheinlich ist es nicht.

Die drei Bisherigen treten wieder an. Markus Hausammann ist seit 2011 Nationalrat, Verena Herzog seit 2013. Und auch Hansjörg Walter lässt sich nochmals aufstellen. Er ist seit 1999 in der grossen Kammer, tritt aber «sicher das letzte Mal» an, wie er auf Anfrage der Thurgauer Zeitung sagt. Walter ist aber «sehr motiviert» und dankt der Partei für die Unterstützung. Er würde die ganze Legislatur absolvieren, sofern es seine Gesundheit zulässt.

Parteipräsident Ruedi Zbinden sagt: «Wir sind froh, dass er

sich nochmals zur Verfügung stellt. Wann er aufhört, entscheidet Walter selber.» Das Ziel der SVP seien vier bürgerliche Sitze, sagt Zbinden. Dazu zählt er die drei Sitze der SVP und den Sitz der FDP. «Die CVP ist nicht ganz bürgerlich, die sind in der Mitte», ergänzt Zbinden.

Hansjörg Walter als Zugpferd

Dank der Listenverbindung mit der EDU steigen die Chancen der SVP, ihren dritten Sitz halten zu können. Und die Listenverbindung der Mitte dürfte wohl vor allem der FDP zugute

kommen. Mit Hansjörg Walter tritt wenigstens eines der beiden ganz grossen Zugpferde wieder an. Er hatte 2011 über 36000 Stimmen geholt. Nicht ganz so viel wie Peter Spuhler, der knapp 44000 Stimmen erzielt hatte, aber deutlich mehr als Markus Hausammann, der auf 20600 Stimmen kam.

Hausammann fehlte damals der Bisherigenbonus. Verena Herzog, Urs Martin und Kurt Baumann kamen 2011 mehr oder weniger nahe an Hausammanns Ergebnis heran. Nicht mehr auf der Kandidatenliste

2015 ist Kantonsrat Urs Martin. Er hatte 2011 mit 18911 sogar leicht mehr Stimmen als Kurt Baumann gemacht.

Urs Martin nicht mehr dabei

Martin ist diesen Juli Vater geworden und «hat einen anspruchsvollen Beruf in Zürich», wie er auf Anfrage sagt. «Die Aufgabe hätte mich gereizt», aber das Nationalratsamt wäre doch «deutlich aufwendiger» als das Kantonsratsamt, und ausserdem ist er heute schon beruflich «sehr viel unterwegs in der ganzen Schweiz». Er habe sich entschei-

den müssen zwischen dem Amt oder «ob er seinen Sohn aufwachsen sehen wolle».

Auf Platz vier folgt Kantonsrat Kurt Baumann. Der Sirmacher Gemeindeammann und Präsident des Verbands Thurgauer Gemeinden stand bereits 2011 zur Verfügung. Neu stellen sich als fünfte und sechste Kraft die beiden jungen Kantonsräte Diana Gutjahr und Vico Zahnd zur Wahl. Für den Ständerat tritt der ehemalige Regierungsrat Roland Eberle nochmals an. Er steht vor seiner zweiten Legislatur in der kleinen Kammer.



Bild: Coralie Wenger

Hansjörg Walter
Meisterlandwirt
Nationalrat seit 1999



Bild: Reto Martin

Markus Hausammann
Meisterlandwirt
Nationalrat seit 2011



Bild: Nana do Carmo

Verena Herzog
Haus- und Geschäftsfrau
Nationalrätin seit 2013



Bild: Reto Martin

Kurt Baumann
Gemeindeammann von Sirmach
Kantonsrat seit 2004



Bild: Nana do Carmo

Diana Gutjahr
Geschäftsführerin E. Fischer AG
Kantonsrätin seit 2012



Bild: Nana do Carmo

Vico Zahnd
Zimmermann, dipl. Bauingenieur
Kantonsrat seit 2008